

Forschung und Lehre unter Druck

Auswirkungen der Finanzkrise auf Europas Hochschulen

| THOMAS ESTERMANN | Nahezu kein europäisches Hochschulsystem ist von der Finanzkrise verschont geblieben. Die zum Teil drastischen Kürzungen der öffentlichen Mittel in einigen Ländern bringen die Gesamthaushalte der Universitäten in Bedrängnis. Ein Überblick.

Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre sehen sich Europas Universitäten mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert, die es zu bewältigen gilt. Der Europäische Hochschulverband (EUA) hat eine Reihe von Studien zur nachhaltigen Finanzierung von Europas Universitäten durchgeführt und seit 2008 die Entwicklung der öffentlichen Finanzierung in Zusammenarbeit mit den nationalen Hochschulrektorenkonferenzen beobachtet und analysiert. Das regelmäßig aktualisierte „EUA Public Funding Observatory“ (EUA 2008-2012) hat gezeigt, dass Hochschulsysteme in Europa zwar unterschiedlich stark betroffen sind, jedoch kein System

komplett verschont geblieben ist. Die zum Teil drastischen Kürzungen der öffentlichen Mittel stellen dabei nur eine von mehreren Herausforderungen dar.

Europäische Universitäten werden im Durchschnitt zu rund 75 Prozent aus öffentlichen Mitteln finanziert. Dieser hohe Anteil öffentlicher Gelder am Gesamthaushalt der Universitäten hat zur Folge, dass eine Reduzierung dieser Finanzquelle auch die stärksten Auswirkungen hat.

Budgetkürzungen und deren Auswirkungen

Am stärksten betroffen von Budgetkürzungen sind Griechenland, Irland, Island, Italien, Lettland, Litauen, die Niederlande, Portugal, Spanien, die Tschechische Republik und Ungarn. In diesen elf Ländern wurden die öffentlichen Mittel zwischen 2008 und 2012 zum Teil um weit mehr als zehn Prozent gekürzt. Lettland wurde dabei mit Reduzierungen des Hochschulbudgets um etwa 57 Prozent gegenüber 2008 am stärksten getroffen. In Litauen mussten die Hoch-

schulen Kürzungen von ca. 26 Prozent hinnehmen und in der Tschechischen Republik waren diese höher als in anderen Sektoren. Die Einschnitte in Ungarn betragen seit 2008 fast fünf Prozent pro Jahr. Von starken Budgetkürzungen seit 2008 sind auch mehrere südeuropäische Länder betroffen. In Spanien und Italien betragen diese etwas mehr als zehn, in Portugal um die 20 und in Griechenland mehr als 30 Prozent.

Drei nordeuropäische Hochschulsysteme – Island, Irland und die Niederlande – haben im beobachteten Zeitraum insgesamt einen Rückgang von etwa zehn Prozent erlebt. Ähnliches gilt für die Hochschulbudgets der beiden Länder Estland und Kroatien.

Einige Länder haben jedoch trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise weiter

in Hochschulen investiert, darunter Dänemark, Deutschland (auf Bundesebene), Frankreich, Norwegen, Polen, Österreich, Schweden, die Schweiz und die Slowakei.

Doch auch Länder ohne oder mit nur geringen Kürzungen stehen zunehmend unter Druck, da sie sich oft mit steigenden Studierendenzahlen, zunehmenden Kofinanzierungsbestimmungen öffentlicher Finanzierer sowie Schwierigkeiten bei der Aquirierung neuer Finanzierungsquellen konfrontiert sehen.

Die Auswirkungen der Kürzungen sind in den Bereichen Lehre und Forschung durchaus unterschiedlich. In Estland, Irland, Kroatien und den Niederlanden wurden zum Beispiel Kürzungen in verschiedenen Bereichen der Forschungsförderung vorgenommen. Obwohl die Grundfinanzierung im Bereich der Lehre in manchen Ländern in absoluten Zahlen nicht reduziert wurde, ist die Finanzierung pro Student aufgrund gestiegener Studierendenzahlen in manchen Ländern niedriger als in den Jahren zuvor. In Spanien, Irland und Portugal zum Beispiel konnte eine Reduktion des Studienangebots beobachtet werden. In vielen Ländern wurden die Kontaktzeiten mit Studierenden und die Bibliotheksöffnungszeiten verringert und die Seminargrößen erhöht.

Die Budgetkürzungen haben zwangsläufig auch Auswirkungen auf die Personalpolitik der Universitäten, da die Personalkosten den höchsten Anteil an den Ausgaben einer Hochschule bilden. So wurden in Irland, Kroatien, Litauen, Portugal und Spanien zum Beispiel Gehälter und Urlaubsansprüche gekürzt. In zahlreichen Ländern kam es zudem zu Einstellungsstopps.

In vielen Ländern, darunter England, Irland, Kroatien und die Slowakei,

»Europäische Universitäten werden im Durchschnitt zu rund 75 Prozent aus öffentlichen Mitteln finanziert.«

AUTOR

Thomas Estermann ist Leiter der Abteilung Governance, Autonomie und Finanzierung der European University Association (EUA) in Brüssel.



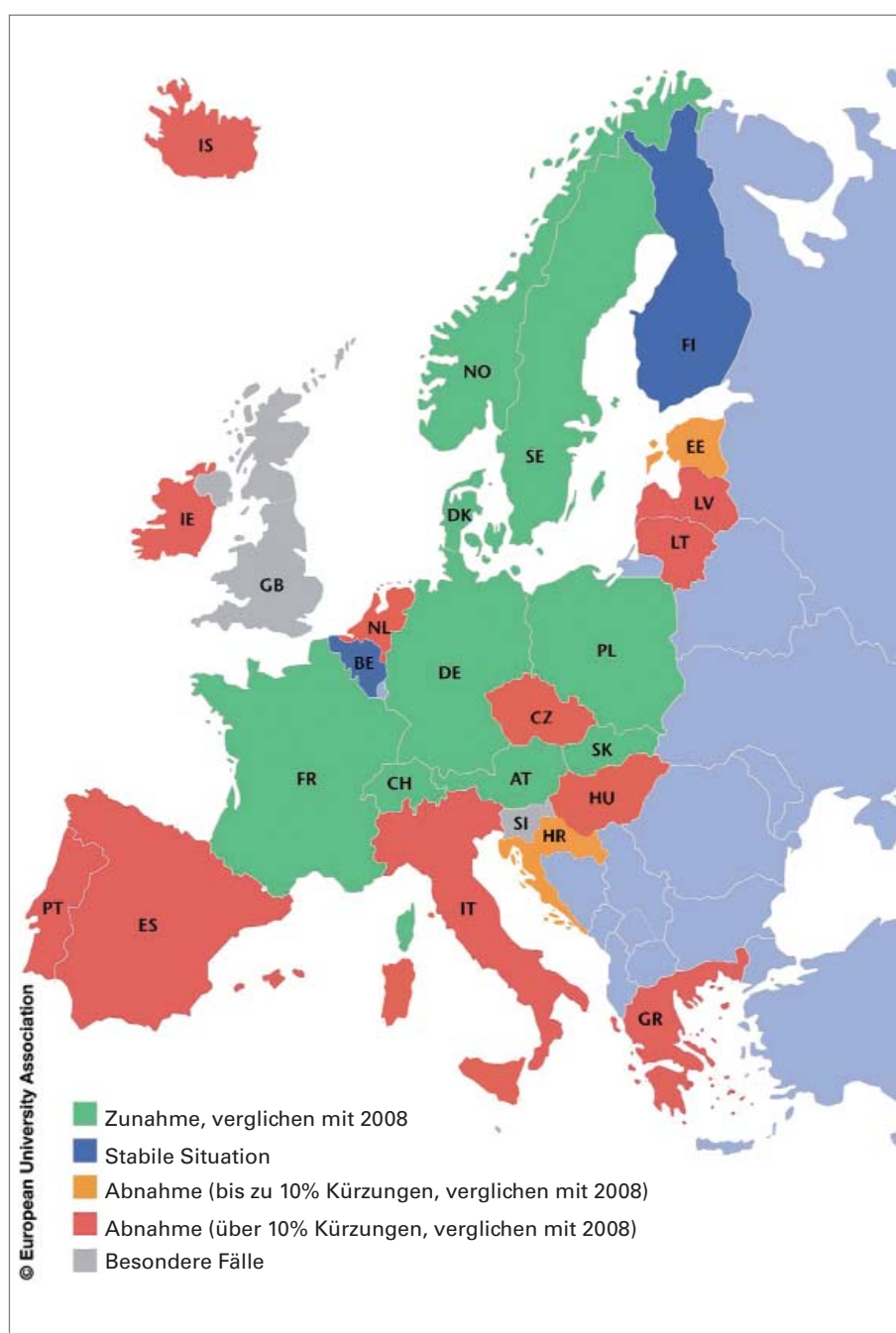
wurde auch weniger in Hochschulinfrastruktur und Liegenschaften investiert. Dies wirkt sich langfristig wiederum negativ auf die nachhaltige Finanzierung der Universitäten aus, da beispielsweise eigentlich notwendige Sanierungsmaßnahmen aufgeschoben werden und hohe Betriebskosten für veraltete Gebäude und Infrastruktur langfristig zu höheren Ausgaben führen.

Drittmittel und Kofinanzierung

Eine weitere Entwicklung, die durch die Krise beschleunigt wurde, ist die Zunahme kompetitiver Förderung, insbesondere im Bereich der Forschungsförderung. Darüber hinaus sind in vielen Ländern, beispielsweise England, Dänemark, Finnland, aber auch in allen deutschen Bundesländern, Elemente leistungsbezogener Förderung eingeführt worden. Der Erfolg bei der Einwerbung von nationalen und europäischen Drittmitteln wird dabei oftmals als Leistungskriterium herangezogen. Je mehr kompetitive Mittel eingeworben werden, desto größer fällt das leistungsbezogene Budget aus. Die Gefahr ist jedoch, dass diese kompetitiv vergebenen Mittel sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene die Kosten der geförderten Aktivitäten nur zum Teil abdecken, also Kofinanzierung notwendig machen. Im Rahmen einer jüngst veröffentlichten Studie der EUA zur Diversifizierung der Einkommensstruktur von Universitäten gaben 55 Prozent der Befragten an, dass öffentliche Mittel entweder teilweise oder sogar größtenteils Kofinanzierungsvorschriften unterliegen. Die Finanzierung des Eigenanteils durch anderweitige Quellen ist für Universitäten sehr schwierig. In der Praxis hat sich gezeigt, dass dies häufig auf Kosten notwendiger Investitionen in die Infrastruktur erfolgt oder durch den unbezahlten Einsatz von Personal. Dies ist insbesondere für Universitäten, die einen hohen Anteil an kofinanzierten Mitteln haben oder starke Kürzungen in ihrer Grundfinanzierung hinnehmen mussten, problematisch.

»Je mehr kompetitive Mittel eingeworben werden, desto größer fällt das leistungsbezogene Budget aus.«

Eine Analyse der Daten zeigt, dass – von einigen Ausnahmen abgesehen – überwiegend süd- und osteuropäische Länder, deren öffentliche Investitions-



quote (als Prozentsatz des BIP) in Hochschulbildung und Forschung ohnehin niedriger ist als die ihrer meisten nord- und westeuropäischen Nachbarn, seit 2008 substanzielle Kürzungen vorgenommen haben. Es besteht daher das Risiko eines weiteren Auseinanderdriftens Europas bei der Hochschulfinanzierung. Diese Entwicklung birgt unter anderem auch die Gefahr der Abwanderung talentierter Wissenschaftler aus den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern. Es ist daher dringend erforderlich, dass diese Problematik auch

Entwicklung der Hochschulfinanzierung in Europa zwischen 2008 und 2012.

auf gesamteuropäischer Ebene diskutiert wird und gemeinsam nach Lösungen gesucht wird. Die Entwicklung eines europäischen Hochschul- und Forschungsraums und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber anderen Hochschulsystemen erfordern eine nachhaltige Finanzierung von Universitäten in allen beteiligten Ländern.